

Ressort: Lokales

Einwanderungsgesetz: Lindner kündigt Initiative im Bundesrat an

Berlin, 14.06.2017, 08:48 Uhr

GDN - Die neue schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen will sich über den Bundesrat für ein Einwanderungsgesetz stark machen. Noch vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen kündigte FDP-Chef Christian Lindner an, künftig "bundespolitische Impulse" von Nordrhein-Westfalen aus setzen zu wollen: "Die neue Koalition aus FDP und CDU hat erstens verabredet, dass wir eine Initiative im Bundesrat für ein Einwanderungsgesetz ergreifen", sagte Lindner dem "Handelsblatt".

Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und humanitärer Schutz bräuchten neue Regeln. Das Einwanderungsgesetz ist vor allem in der CDU umstritten. Mit dem neuen Ministerpräsidenten Armin Laschet würde bei den Christdemokraten ein weiterer Spitzenpolitiker für das Gesetz auf Bundesebene werben. Lindner kündigte zudem an, dass sich Nordrhein-Westfalen "auch im Bund für eine marktwirtschaftliche Energiepolitik ohne Subventionen" stark machen wolle. "Im Land werden wir den ideologischen Zubau der Windkraft in NRW in vernünftige Bahnen lenken, um Landschaften zu schützen und Kosten unter Kontrolle zu bringen", sagte Lindner.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-90680/einwanderungsgesetz-lindner-kuendigt-initiative-im-bundesrat-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com